



EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

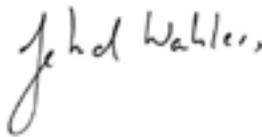
seit mehr als 50 Jahren engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung als Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit weltweit. Unser Kernauftrag ist dabei ganz klar, einen nachhaltigen Beitrag für Frieden, Freiheit und Demokratie zu leisten. Dies tun wir zum einen mit Projekten in über 100 Ländern. Zum anderen bringen wir unsere Expertise in die außen- und entwicklungspolitischen Kreise ein. In diesem Zusammenhang haben sich die *KAS-Auslandsinformationen* zu einem wichtigen und gefragten Impulsgeber entwickelt. Der Zuschnitt, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus ihren Einsatzregionen berichten und die Analyse des politischen Geschehens mit handlungsorientiertem Wissen verknüpfen, ist zum Markenzeichen der Zeitschrift geworden. Dass wir in diesem Jahr das 30-jährige Jubiläum der *Auslandsinformationen* begehen können, erfüllt die Stiftung mit besonderem Stolz.

Wie sehr sich die internationale Politik seit der ersten Ausgabe gewandelt hat, wird angesichts historischer Schlaglichter deutlich: 1984 befand sich der Kalte Krieg in einer Hochphase, doch Ende der 1980er Jahre brachen die sozialistischen Regime im Ostblock nach und nach zusammen. In Deutschland war damit der Weg frei zur Wiedervereinigung. In anderen Ländern verlief der Umbruch nicht ohne Gewalt. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren haben dies auf erschreckende Weise gezeigt. Gleichzeitig schritt die Einigung Europas politisch wie geografisch mit großen Schritten voran. Neue Verkehrs- und Kommunikationstechnologien haben die Globalisierung verstärkt. Allerdings nutzen dies auch die Gegner von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit aus. In dieser Hinsicht sind die Anschläge vom 11. September 2001 eine Zäsur gewesen.

Die *Auslandsinformationen* haben diese vielfältigen Veränderungen auf allen Kontinenten stets aufgegriffen. Mit einem besonderen Blickwinkel haben sich unsere Autorinnen und Autoren damit in die außen- und entwicklungspolitische Debatte in Deutschland eingebracht. Diese Diskussion ist 25 Jahre nach dem Mauerfall wichtiger denn je. Die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, die friedensstiftende Wirkung der europäischen Einigung, unsere bürgerlichen Freiheiten sowie unser starker Wirtschaftsstandort sind keine Selbstverständlichkeit. Unsere Werte setzen das Wohlergehen unserer Nachbarschaft und ein freiheitliches internationales System voraus. Schon allein deshalb verurteilen wir Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die gewaltsam durchgesetzte Verschiebung territorialer Grenzen. Deutschland trägt nicht zuletzt aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und der gefestigten politischen Verhältnisse eine besondere Verantwortung. Dass die Frage nach unserem internationalen Engagement in Politik und Öffentlichkeit, aber genauso in unseren Partnerländern intensiver diskutiert wird, überrascht daher nicht.

Welche Konsequenzen der Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa für die deutsche Außenpolitik bewirkte und wie sich daraus Deutschlands europäische und internationale Aufgaben entwickelt haben, beleuchten unsere Autoren in dieser Ausgabe. In Polen etwa forderte die freie Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* bereits seit Beginn der 1980er Jahre das kommunistische System heraus und kämpfte für Freiheit und Demokratie. Dies blieb den Nachbarn jenseits der Oder-Neiße-Grenze nicht verborgen, worauf Bartosz T. Wieliński hinweist. Heute ist das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen gefestigter denn je, manch ein Kommentator spricht sogar von einem „deutsch-polnischen Motor“ auf europäischer Ebene. Auch Ungarns Beitrag zur friedlichen Revolution ist unvergessen, wie Bence Bauer und András Hettyey resümieren. Dort öffnete sich der Eisernen Vorhang 1989 erstmals und dauerhaft. Zum „Schicksalsmoment“ wurde damals das Paneuropäische Picknick, das einerseits das Ende der DDR beschleunigte, andererseits für die Ungarn die Orientierung nach Westen besiegelte.

Nicht allein in der Rückschau zeigt sich der Wandel der deutschen Außenpolitik seit 1989. Anlass für Berlin, die Diskussionen um die gestiegene internationale Verantwortung unseres Landes aufzugreifen und in die politische Praxis einfließen zu lassen, bietet die aktuelle Ratspräsidentschaft in der G7. Darauf geht Daniela Haarhuis in ihrem Beitrag ein. Höhepunkt wird das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs im Juni 2015 im bayrischen Elmau sein. In der Vorbereitung darauf hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zentrale Arbeitsfelder bereits benannt: nachhaltiges Wirtschaften und Lebensqualität, ein neues Klima-Abkommen sowie die Weiterentwicklung der Millennium Development Goals. Darüber hinaus dürfte angesichts der Bedrohungen unserer Werteordnung durch islamistische Fundamentalisten und Terroristen auch dieses Thema die Agenda bestimmen. Deutschland wird sich in diesen verschiedenen Fragen mit Engagement, Ideenreichtum, aber auch mit materiellen Verpflichtungen einbringen, unsere Partner verlassen sich darauf. Diese Haltung ist konsequent: Über die Jahrzehnte des Kalten Krieges war die Bundesrepublik ein Konsument internationaler Sicherheit, geschützt durch die USA und das nordatlantische Bündnis. Nun ist es an der Zeit, eine aktivere Rolle zum Erhalt internationaler Sicherheit einzunehmen und damit auch anderen die Chancen auf ein Leben in Freiheit und Frieden zu ermöglichen.



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär

gerhard.wahlers@kas.de